



Der Leopard 2 ist ein Exportschlager — er geht auch in Länder, denen Menschenrechte wenig bedeuten. Foto: KMW/dpa

Militär als allerletztes Mittel

Diskussion: Soll Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen?

VON MARTIN DAMEROW

Auf der Welt brennt es an allen Ecken und Enden — soll Deutschland da eine aktivere Rolle einnehmen? Dazu gab es eine Podiumsdiskussion im Presseclub mit der Europa-Abgeordneten Barbara Lochbihler (Grüne) sowie Patricia Flor, Leiterin der Abteilung „Vereinte Nationen und Globale Fragen“ im Auswärtigen Amt. Das Ergebnis fiel ziemlich eindeutig aus.

NÜRNBERG – Was, so fragte Moderator Alexander Jungkuntz von den *Nürnberger Nachrichten* eingangs, verbindet Außenminister Frank-Walter Steinmeier, seine Kollegin im Verteidigungsressort Ursula von der Leyen und Bundespräsident Joachim Gauck? Die Antwort: Sie alle haben jüngst laut darüber nachgedacht, ob Deutschland mehr außenpolitische Verantwortung in der Welt übernehmen sollte. Und sie alle haben sich damit die Finger verbrannt.

Die deutsche Seele ist gespalten in dieser Frage. Laut einer Erhebung sagen mehr als 60 Prozent aller Bürger Nein zu mehr Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Gleichzeitig finden etwa 80 Prozent, dass Deutschland sich stärker für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen und Völkermord unterbinden soll. Wie soll das gehen? „Das ist für uns etwas schwer zusammenzubringen“, formuliert die Diplomatin Patricia Flor.

„Der allererste Ansatz in einer Krisensituation ist stets die Diplomatie“, schildert sie das Vorgehen der Bundesregierung. Doch das hilft nicht immer. Und dann? „Es kann ganz am Ende langer Verhandlungen Situationen geben, wo nichts anderes mehr hilft

als Militär. Das ist natürlich immer ein großes Dilemma“, so Flor. Barbara Lochbihler, als ehemalige deutsche Sektionschefin von Amnesty International eine ausgemachte Menschenrechtsexpertin, pflichtet ihr bei: „Was ist in Ländern, wo niemand mehr das Gewaltmonopol innehat? Es kann in Ausnahmefällen sinnvoll sein, punktuell militärisch einzugreifen“, so die Grüne, „etwa dann, wenn eine Miliz kurz davorsteht, eine Stadt zu überrennen“, erklärt sie in Anspielung auf den Libyen-Krieg von 2011 und die Zustände in Somalia.

Flor stimmt ihr zu: Es gehe bei eventuellen Einsätzen der Bundeswehr ja nicht darum, überregional agierende Terrorgruppen zu bekämpfen, sondern um den Schutz von Zivilisten, etwa vor ethnischen Säuberungen, betont die aus Nürnberg stammende Diplomatin noch einmal und verweist auf eine UN-Mission im Südsudan, an der auch Deutsche beteiligt sind.

Panzer für die Saudis

Es gibt freilich andere Wege, den Menschenrechten mehr Geltung zu verschaffen: indem man jene nicht unterstützt, die sich nicht darum scheren. Warum Deutschland Waffen in Länder liefert, die Menschenrechte mit Füßen treten, etwa Saudi-Arabien, das versteht Lochbihler nicht. Und weil die Gesprächsreihe, in der die Expertinnen auftreten, „Außenpolitik weiter denken“ heißt, fügt Lochbihler an: „Ich will, dass künftig auch keine deutsche Abhörtechnologie in Länder geliefert wird, die deren Ergebnisse zur Folter nutzen.“

Patricia Flor stimmt zu: „Der Schutz der Menschenrechte fängt bei uns an.“ Doch damit lässt es Berlin

nicht bewenden. Laut ihrer Darstellung unterstützt das Auswärtige Amt über seine Botschaften in aller Welt Projekte, die die Zivilgesellschaft stärken — auch in heikleren Ländern wie China. Deutsche Diplomaten halten etwa öffentlich Verbindung zu Bürgerrechtlern und laden sie zu Veranstaltungen ein, was diesen einen gewissen Schutz gibt, weiß Flor.

Sie sieht die Verantwortung für dieses Thema indes nicht allein im Ausland — schließlich kommen Menschen aus aller Welt nach Deutschland, um Asyl zu suchen. „Der Schutz der Menschenrechte ist eine Querschnittsaufgabe für verschiedene Ministerien“, sagt Flor. Doch was den Umgang mit Asylsuchenden auf europäischer Ebene betrifft, sieht Lochbihler dringenden Handlungsbedarf.

So soll etwa die europäische Grenzschutztruppe Frontex nach dem Willen der EU Bootsflüchtlinge noch an Bord der meist überladenen Schiffe einer ersten Befragung unterziehen. In Brüssel nennt man so etwas eine „Seeaußengrenzenverordnung“. Und was, wenn die Frontex-Leute deren Sprache nicht sprechen? Dann soll die Befragung mit einem Dolmetscher über Funk erfolgen. „Das möchte ich sehen, wie das geht, nachts mit 130 Leuten auf einem kleinen Boot“, wertet die Grüne. Für sie komme da nur ein richtiges Asylverfahren infrage, „und zwar auf der europäischen Seite des Mittelmeers.“

Auch hierzulande wünscht sich Lochbihler mehr Sensibilität bei der Behandlung von Flüchtlingen. Beim dafür zuständigen Innenministerium sieht sie „hohen menschenrechtlichen Qualifizierungsbedarf“ — ein Satz, der die Zuhörer schmunzeln lässt.